

TourismWatch

Informationsdienst Dritte Welt-Tourismus

- 1 Vorwort
- 2 ITB Berlin 2011 - Termine und Veranstaltungsempfehlungen
- Menschenrechte im Tourismus**
- 4 Alles was Recht ist
Für einen Menschenrechtsansatz im Tourismus
- 7 Die Vertreibung der Vertriebenen
Drei Fragen an die indische Menschenrechtsaktivistin Medha Patkar
- 9 Naturschutz und Tourismus auf Kosten der Buschleute
Gewaltsame Umsiedlungen in Botswana
- 10 Touristen-Enklaven – auf dem Rücken der Arbeiter
Migration im Bausektor in Mittelamerika und der Karibik
- 12 Widerstand in Tela Bay, Honduras – Ein Projekt voller Polemik
- 15 Südsee-Insulaner wehren sich gegen Ausverkauf
Hotelbesetzungen auf Rapa Nui

Kurzinfos und Hinweise

- 17 "Free Tibet" fordert Verzicht auf Zwangsumsiedlung tibetischer Nomaden
- 17 Siegelvergleich Nachhaltigkeit und CSR im Tourismus
- 18 UNWTO "Ulysses Awards" für Beiträge zur den Millenniums-Entwicklungszielen ausgeschrieben
- 19 Erste Fair Trade-Pauschalangebote auf dem deutschen Markt

Literatur und Materialien

- 19 "Happy hour in paradise" – Alkohol und Tourismus
- 20 "1000 Heilige Orte" – Eine Weltreise der besonderen Art
- 21 "Südafrika. Katerstimmung am Kap"
- 21 "Südafrika. Ein Land im Umbruch"
- 21 "Unsere Kinder, die wir lieben" – Sri Lanka

Veranstaltungen und Termine

- 22 "Fair Handeln 2011" in Stuttgart, 14.-17. April 2011
- 22 Menschenrechte in einer globalisierten Welt –
Global Media Forum, 20.-22. Juni 2011

Nummer

62

März 2011

Herausgeber:
Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED)
Redaktion: Christina Kamp
Redaktionelle Mitarbeit: Antje Monshausen
Verantwortlich: Heinz Fuchs,
EED-Arbeitsstelle TOURISM WATCH
Ulrich-von-Hassell-Straße 76
53123 Bonn
Telefon +49(0)228/8101-2303
Fax +49(0)228/8101-150
tourism-watch@eed.de
www.tourism-watch.de
Druck: typopress GmbH, Leinf.-Echterdingen
gedruckt auf 100 % Altpapier
TourismWatch erscheint viermal jährlich
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht
Zwei Belegexemplare erbeten**
Nummer 62 – März 2011

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

gut Ding braucht Weile. Seit 2001 verpflichten sich weltweit immer mehr Reiseveranstalter, Hoteliers und andere touristische Dienstleister, den Verhaltenskodex zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus umzusetzen. Gleichzeitig wird dieser "child protection code" zur unumstrittenen Grundlage für Sozial- und Nachhaltigkeitszertifizierungen im Tourismus. In diesem Jahr wird sich der Welt größte Ferien- und Reisemesse, die ITB Berlin, ebenfalls formell auf diesen Kodex verpflichten. Wenn sie diesen Schritt auch ihren Ausstellern und Geschäftspartnern nachdrücklich vermittelt und mit deutlichen Erwartungen zur Nachahmung empfiehlt, so ist dies ein weiterer wirksamer Beitrag zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention.

Mit dieser Ausgabe des TourismWatch-Informationsdienstes, während der ITB und darüber hinaus möchten wir weitere Impulse für eine den Menschenrechten verpflichtete Tourismusentwicklung geben. Als wir Ende letzten Jahres die Studie "Alles was Recht ist – Menschenrechte und Tourismus" fertig stellten, waren die Revolutionen in Tunesien und Ägypten und die politischen Veränderungen in der arabischen Welt noch nicht abzusehen. Sie haben auch die Verstrickung des Militärs und der alten Herrschaftsclique mit dem Tourismus ans Licht gebracht. Es stellt sich daher die Frage, ob der Tourismus nach der Revolution noch der gleiche sein kann wie davor oder ob der politischen Demokratisierung nicht auch eine wirtschaftliche folgen muss. Schnäppchen, Billigangebote und "Buchen hilft"-Appelle allein werden kaum dazu beitragen, den Tourismus zu demokratisieren und Einfluss und Einkünfte gerechter zu teilen.

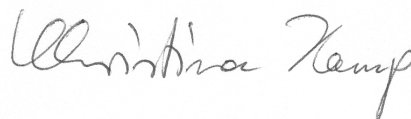
Es gibt in der bunten globalen Urlaubswelt weiterhin viel zu bedenken, manches davon wird in Foren und Veranstaltungen während der ITB zur Sprache kommen. Nicht nur kritische Konsumenten und bewusst Reisende können sich freuen, dass jetzt auch die ersten Veranstalter in der Schweiz und Deutschland Fair Trade zertifizierte Pauschalreisen nach Südafrika anbieten und auf der Messe vorstellen werden.

So Sie zur ITB in Berlin sein werden, freuen wir uns, mit Ihnen am Stand in Halle 4.1, bei unserer Pressekonferenz im Albrechtshof oder bei der einen oder anderen Veranstaltung ins Gespräch zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz Fuchs



Christina Kamp

ITB Berlin 2011

Internationale Tourismus-Börse (ITB) Berlin, 9. bis 13. März 2011

Die ITB Berlin 2011 findet vom 9. bis 13. März statt. Von Mittwoch bis Freitag ist die Messe nur für Fachbesucher geöffnet, am Samstag und Sonntag auch für das allgemeine Publikum. Öffnungszeiten: täglich 10 – 18 Uhr. Info: www.itb-berlin.de

Trends & Events (Halle 4.1)

Die Halle 4.1 bietet wie jedes Jahr Informationen zu nachhaltigem Reisen. Unter dem Titel "Experience Adventure, ECOtourism & Expeditions" finden als "6. Pow-Wow for Trade Visitors" eine Reihe von Veranstaltungen statt. Das Schwerpunktthema der Halle sind in diesem Jahr Gletscher.

Veranstaltungen von EED Tourism Watch

EED Tourism Watch wird in diesem Jahr das Thema Menschenrechte und Tourismus in den Vordergrund stellen. Sie finden uns am **Stand 207** in der **Halle 4.1** (eingerahmt von TourCert und ECPAT).

Pressekonferenz: Für einen Tourismus mit menschenrechtlicher Perspektive

Dienstag, 08.03.2011, 11.00 Uhr, Hotel Albrechtshof

Gemeinsam mit den Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Survival International und einer kenianischen Aktivistin für die Rechte von Kindern fordert EED – Tourismus Watch dazu auf, den UN-Menschenrechtsrahmen auch im Tourismus umzusetzen.

Bühnenshow: Mittwoch, 09.03.2011, 13.30-14.30 Uhr, PowWow, Halle 4.1

Unter dem Titel "**Zwischen schmelzenden Gletschern und sozialer Verantwortung – Kurskorrekturen im Tourismus**" werden unterhaltsam vorbildhafte Initiativen im Tourismus hervorgehoben. Die Veranstaltung hat drei thematische Schwerpunkte:

- Schmelzende Gletscher und steigender Meeresspiegel – der Tourismus in den internationalen Klimaverhandlungen (Sabine Minninger, EED - Tourism Watch)
- Im Dschungel der Zertifikate – Sozialsiegel im Tourismus (Günter Koschwitz, Kontaktstelle Umwelt und Entwicklung)
- Faire Reisen – Pioniere des Fairen Handels im Tourismus (mit Jennifer Seif, Fair Trade in Tourism South Africa, deutschen und Schweizer Reiseveranstaltern)

Anschließend laden wir bei einem Glas Fairtrade-Wein oder Saft zum Gespräch.

Podiumsdiskussion: "Alles was Recht ist - Menschenrechte und Tourismus" am Freitag, 11.03.2011, 11.00 Uhr Halle 4.1, große Bühne.

Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutieren unter der Moderation von Monika Weiss, domradio Köln, über die Verantwortlichkeiten im Tourismus:

- Heinz Fuchs, Leiter der Arbeitsstelle Tourism Watch, EED
- Christoph Strässer, Mitglied des Bundestages, Menschenrechtsausschuss
- Dorothy Ogutu, Afrikanische Vereinigung der SexarbeiterInnen
- Lena Lawitschka, TUI Deutschland AG
- Linda Poppe, Survival International, Deutschland
- Michael Windfuhr, Deutsches Institut für Menschenrechte

ECPAT Deutschland e.V. / TheCode.org (Halle 4.1, Stand 208)

Donnerstag, 10. März 2011, 9.45-10.30 Uhr **Pressefrühstück am Stand**

Freitag, 11. März 2011, 11.00 Uhr, ICC, Raum 6: **Unterzeichnung des Kodex** zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus durch die ITB Berlin.

Samstag, 12. März 2011, 9.00-15.00 Uhr: **Annual General Meeting The Code**, Novotel am Tiergarten, Straße des 17. Juni (um Anmeldung wird gebeten)

TourCert – Gesellschaft zur Zertifizierung im Tourismus (Halle 4.1, Stand 215)

Donnerstag 10. März 2011, 13.30-15.30 Uhr, ICC Berlin, Saal 13/14. **Verleihung der CSR-Zertifikate** an Reiseveranstalter und geprüfte Gutachter nach TourCert-Standards.

Studienkreis für Tourismus und Entwicklung (Halle 10.2, Stand 102)

Freitag, 11. März 2011, 11.55 – 13.00 Uhr, ICC Berlin, Dachgartenfoyer: **Zwischenrufe – Gesprächsreihe des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung**. Thema: "Königskinder? Über das seltsame deutsch-türkische MiteinNebeneinander"

Freitag, 11. März 2011, 16.00 – 17.00 Uhr, ICC Berlin, Dachgartenfoyer: **TO DO! 2010 – Wettbewerb Sozialverantwortlicher Tourismus**. Preisverleihung an Gewinner aus Guatemala, Tadschikistan, Thailand.

Samstag, 12. März 2011, 14.00-15.00 Uhr, Showbühne, Halle 4.1. **TOURA D'OR 2010 - Filmwettbewerb Zukunftsfähiger Tourismus**. Vorstellung der prämierten Filme und Preisverleihung.

Kirchenforum: Urlaub auf Kosten anderer? Arbeits- und Lohnbedingungen im Tourismus

Freitag, 11. März 2011, 14.00 – 16.00 Uhr, ICC Berlin, Saal 10. Veranstalter: "Kirche in Freizeit und Tourismus" (Netzwerk der EKD) und Katholische Arbeitsgemeinschaft Freizeit und Tourismus.

Wer Urlaub macht, erwartet perfekten Service und ein immer freundliches Personal – rund um die Uhr. Was bedeutet dies aber für die Menschen, die einem die "schönsten Wochen des Jahres" schaffen? Unter welchen Bedingungen müssen sie arbeiten? Es diskutieren Heinz Fuchs (EED Tourism Watch), Andreas Hillert (Medizinisch-Psychotherapeutische Klinik Roseneck in Prien am Chiemsee), Robert Maggale (Vida Gewerkschaft, Wien), Andreas Müseler (REWE Group), Christian Spieß (Berliner Institut für christliche Ethik und Politik). Moderation: Andreas Stopp (Deutschlandfunk)

Weitere Veranstaltungen

Mittwoch, 09. März 2011, 16.30-18.00 Uhr, ICC, Saal 8: **"Die arabische Welt im Umbruch: Wohin geht die Reise?"** Studiosus-Gespräch mit Friedemann Büttner (Arbeitsstelle für Politik des Vorderen Orient, FU Berlin), Mai Haikal (Kunst- und Kulturwissenschaftlerin, Kairo), Heinz Fuchs (EED - Tourism Watch) und anderen.

Donnerstag, 10. März 2011, 14.00-16.00 Uhr, Halle 4.1 **"Reisen für Alle: Vision oder Illusion"** Podiumsdiskussion der Partei Die Linke

Freitag, 11. März 2011, 10.30-12.30 Uhr, ICC, Saal 7: Vorstellung des gemeinsamen Studie **"Global Report on Women in Tourism 2010"** der Welttourismusorganisation und Weltfrauenorganisation (UN Women, früher UNIFEM). Stand der UNWTO: Halle 20, Stand 126

Freitag, 11. März, 14.30-17.30 Uhr, ICC Berlin, Saal 7: **Arbeitstreffen der UNWTO-Task Force zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus.**

ITB Berlin Kongress 2011

Vom 09. bis 11. März findet parallel zur Messe in Halle 7.1a der ITB Berlin Kongress statt. Eröffnet wird der Kongress mit dem "**Future Day**" am 09. März 2011 (Saal London), der topaktuelle Forecast-Zahlen zum Tourismus 2011 liefert. Von 15.45 bis 16.30 Uhr wird es eine Podiumsdiskussion zur aktuellen Situation im Nahen Osten geben, unter dem Titel "Nahost-Krise - Strohfeuer oder Dauerkrise für den Tourismus?"

Ebenfalls am ersten Tag findet der **Tourism Education Day** statt (Halle 5.1). Die Deutsche Gesellschaft für Tourismuswirtschaft (DGT) beleuchtet Berufsperspektiven in der Tourismusbranche und prämiert herausragende wissenschaftliche Arbeiten.

An allen drei Kongresstagen widmen sich die **ITB Destination Days** den Herausforderungen und Perspektiven im internationalen Destinationsmanagement. Am Mittwoch findet eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema Asien statt, am Donnerstag findet das Lateinamerika- und Afrikaforum statt. Jeweils Halle 7.1a, Saal New York 1.

Bereits seit drei Jahren findet der **CSR-Tag** auf der ITB statt. Prominente Vertreter aus Wirtschaft und Politik diskutieren Konzepte, gute Beispiele und Wirtschaftlichkeitspotenziale des nachhaltigen Tourismus. Von 12.10 bis 13.00 Uhr gibt es den "Tour Operator Roundtable" mit Hans-Ruedi Müller und Überraschungsgästen, der die Wirkung von CSR-Systemen in Unternehmen diskutiert. Im Anschluss, 13.10-13.35 Uhr treffen sich auf dem Podium Reiseveranstalter, ein Vertreter von Tourism Watch und Klaus Lengefeld von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zur Diskussionsrunde "CSR Facts and Figures: Zwischen 'Leakage' und 'Fair share' – was bleibt vom Reisepreis in der Destination?"

Am Freitag in Saal New York 3 findet der **Eco-Mobility-Day** statt und beleuchtet das Thema klimafreundliche Mobilität.

Das ausführliche Programm ist unter www.itb-kongress.de abrufbar.

-am-

(7.576 Anschläge, 113 Zeilen, März 2011)

Menschenrechte im Tourismus

Alles was Recht ist

Für einen Menschenrechtsansatz im Tourismus

Von Christina Kamp

Alle, die am Tourismus beteiligt sind, müssen ihren nach dem internationalen Menschenrechtsrahmen bestehenden Pflichten nachkommen. Sie sind verpflichtet ihren Teil dazu beizutragen, dass die Menschenrechte der Bevölkerung in den Zielgebieten und die der Beschäftigten im Tourismus vollumfänglich respektiert, geschützt und gewährleistet werden. Dies fordert EED-Tourism Watch in einer neuen Studie, die deutlich macht, wie im Zusammenhang mit touristischer Erschließung oder Entwicklung in vielen Teilen der Welt fundamentale Menschenrechte missachtet werden.

Unter dem Titel "Alles was Recht ist – Menschenrechte und Tourismus" zeigt die Studie, dass sowohl bürgerliche und politische als auch wirtschaftliche, soziale und

kulturelle Rechte im Tourismus nicht immer gewährleistet sind. Menschenrechte können ganz direkt verletzt werden, zum Beispiel wenn Fischer durch Hotelanlagen vom Strand verdrängt werden und damit ihre Lebensgrundlage verlieren. Oder die Menschenwürde und Privatsphäre wird missachtet, wenn indigene Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise burmesische Karen-Flüchtlinge in Thailand zu "Schaubildern" für Touristen werden.

Auch die Beschäftigten im Tourismus können betroffen sein. Zuweilen sind Bezahlung und Arbeitsbedingungen so schlecht, dass das in Artikel 7 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgelegte Recht auf menschenwürdige Arbeit sowie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verletzt werden. Die Arbeit der Träger, die auf Bergtouren im Himalaya, in den Anden oder am Kilimandscharo das Gepäck der Touristen schleppen, ist in vielen Fällen gesundheitsgefährdend. Auch Kinderarbeit ist in armen Ländern keine Seltenheit, weltweit arbeiten schätzungsweise 13-19 Millionen Kinder in der Gastronomie und im Tourismus.

Nicht nur direkt, auch indirekt verletzt der Tourismus Menschenrechte. Der durch den Flugverkehr wesentlich mitverursachte Klimawandel gefährdet die Ernährungssicherheit, Gesundheit und das Überleben von Millionen Menschen. "Falsche Lösungen" im Klimaschutz – Agrotreibstoffe, auf die auch die Luftfahrtindustrie setzt und deren Anbau in direkter Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln steht – tragen zusätzlich dazu bei. Das Recht auf Nahrung ohnehin schon benachteiligter Bevölkerungsgruppen kann dadurch ganz erheblich beeinträchtigt werden. Deshalb, so fordert Tourism Watch, müssen alle Akteure in Politik und Tourismuswirtschaft ihren Teil dazu beizutragen, diese Bedrohungen durch geeignete Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen abzuwenden. Die Bundesregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Tourismuswirtschaft ihre CO₂-Emissionen reduziert.

Pflicht des Staates: Menschenrechte achten – schützen – gewährleisten

Welche Bedeutung das menschenrechtliche Instrumentarium im Tourismus hat, wird anhand wichtiger Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer Übereinkommen und Erklärungen der Vereinten Nationen deutlich. In erste Linie sind es die Staaten, die in der Pflicht sind. Sie haben Menschenrechtsverletzungen zu unterlassen (Achtungspflicht), die Menschenrechte vor Übergriffen Dritter – auch der Tourismuswirtschaft – zu schützen (Schutzpflicht) und für ihre volle Verwirklichung Sorge zu tragen (Gewährleistungspflicht). Regierungen müssen die entsprechenden Gesetze, Bestimmungen und Planungsvorschriften erlassen und dafür sorgen, dass sie auch umgesetzt werden.

"Due diligence" der Tourismuswirtschaft

Tourismusunternehmen haben zwar nicht die gleichen Pflichten wie die Staaten, Menschenrechte zu schützen und zu gewährleisten, doch sie müssen sie in jedem Fall respektieren. Sie dürfen zum Beispiel ihre Mitarbeiter nicht ausbeuten oder lokalen Gemeinschaften das Trinkwasser abgraben. Auch dürfen sie diese so überlebenswichtige Ressource nicht verschmutzen. Um ihrer Verantwortung gerecht zu werden, müssen Unternehmen "due diligence" – die erforderliche Sorgfalt – walten lassen. Laut John Ruggie, dem Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Menschenrechte und multinationale Unternehmen, heißt das: Unternehmen müssen nicht nur sicherstellen, dass sie nationale Gesetze achten, sondern auch

Risikomanagement betreiben, um Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Die erforderliche Sorgfalt erstreckt sich über die gesamte Wertschöpfungskette.

Zwar sind Unternehmen nicht immer in der Lage, problematische Praktiken vorherzusehen. Doch Reiseveranstalter können und sollten zum Beispiel darauf achten, ob ihre Partnerhotels in den Zielgebieten angemessene Löhne zahlen, schriftliche Arbeitsverträge bieten, bezahlten Urlaub und Fortbildungsmöglichkeiten gewähren, Gewerkschaften zulassen und sich aktiv für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung einsetzen. Zwar lassen sich Vertragspartner kaum umfassend kontrollieren, doch müssen Reiseveranstalter angemessene Maßnahmen ergreifen, um Komplizenschaft zu vermeiden und Menschenrechtsverletzungen in den Urlaubsgebieten nicht ungewollt Vorschub zu leisten. Die Hotellerie- und Tourismusverbände sind aufgefordert, Anreize und Sanktionen zu schaffen, damit ihre Mitglieder menschenrechtliche Standards erfüllen und weiterentwickeln.

Oft geschehen Menschenrechtsverletzungen bereits bevor der Tourismus überhaupt richtig Fuß fasst. Bevor sie investieren sollen Investoren daher unabhängige Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen durchführen lassen, um negative Auswirkungen ihrer Projekte im Vorfeld auszuschließen.

Herausforderungen für die Bundesregierung

Auch die Bundesregierung muss sicherstellen, dass sie keine Tourismusentwicklung unterstützt, die die Menschenrechte aufs Spiel setzt. Sie muss die Zuständigkeiten für Menschenrechtsfragen im Tourismus klären und Kohärenz herbeiführen. Der Tourismus muss in die Menschenrechtsdebatte der Bundesregierung einbezogen werden. Die Bundesregierung muss die im Ausland tätigen deutschen Unternehmen auf ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen hinweisen und sie bei deren Einhaltung unterstützen. Zuwiderhandlungen müssen sanktioniert werden können. In der Europäischen Union besteht eine Regelungslücke bezüglich Menschenrechten und Unternehmensverantwortung. Die EU ist deshalb gefordert diese Lücke zu schließen, indem sie entsprechende Haftungs- und Berichtspflichten für Tourismusunternehmen einführt.

Ein deutlicher Menschenrechtsansatz schafft eine Handhabe, schädliche Auswirkungen des Tourismus zu mindern. Betroffene werden als Inhaber von Rechten ernst genommen und gestärkt. Die Menschenrechtskonventionen und -erklärungen stellen einen internationalen Standard für Würde, Anstand und gegenseitigen Respekt dar – wesentliche Bestandteile eines jeden wirklich nachhaltigen Entwicklungsansatzes, auch im Tourismus.

"Alles was Recht ist – Menschenrechte und Tourismus". Hg. Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) Tourism Watch, Bonn, 2011.

Download: http://www.tourism-watch.de/files/Alles_was_Recht_ist.pdf

Zusammenfassung der Forderungen und Empfehlungen: www.tourism-watch.de/de/node/1582

(7.098 Anschläge, 97 Zeilen, März 2011)

Die Vertreibung der Vertriebenen

Drei Fragen an die indische Menschenrechtsaktivistin Medha Patkar, Narmada Bachao Andolan und National Alliance of Peoples' Movements

Von Jinu Abraham und Christina Kamp

Für den Bau des Sardar Sarovar Staudamms und der dazugehörigen Infrastruktur wurden seit Anfang der 1960er Jahre große Teile der indigenen Bevölkerung (Adivasis) entlang des Narmada-Flusses in den indischen Bundesstaaten Madhya Pradesh, Gujarat und Maharashtra vertrieben. Infolge des Widerstands und einer sehr ablehnenden unabhängigen Prüfung zog sich die Weltbank 1993 aus dem Projekt zurück. Die Menschen vor Ort kämpfen weiter für ihre Rechte und wehren sich nun auch gegen Vertreibung im Namen des Tourismus. Sie werden unterstützt von der "Narmada Bachao Andolan" (NBA), der "Bewegung zur Rettung der Narmada", angeführt von der Menschenrechtsaktivistin Medha Patkar (s. TW 41, Dezember 2005). Wir fragten Medha Patkar nach den Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit dem Tourismus an der Talsperre und nach den Wegen, die Menschen vor Ort zu unterstützen.

TW: Auf welche Weise werden die Menschenrechte der Adivasis am Sardar Sarovar-Staudamm im Zuge der Tourismusentwicklung verletzt?

Medha Patkar: Es sind sechs Dörfer rund um den Staudamm, deren Bewohner von ihrem landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden vertrieben wurden, als man die Siedlung zum Bau der Talsperre errichtete. Da diese Menschen nicht als "vom Projekt Betroffene" angesehen wurden, hat man ihnen noch nicht einmal eine Entschädigung angeboten. Sie kämpften weiter mit uns und bekamen doch nur ein Entschädigungsangebot von 36.000 Rupien (ca. 600 Euro), welches die meisten von ihnen nicht annahm. Stattdessen blieben sie auf dem ihnen verbliebenen Land, das nicht enteignet worden war. Sie sagten laut und deutlich, "Dieses Land gehört uns". Sie hatten weiter Zugang zu Teilen ihres Landes und konnten dort Landwirtschaft betreiben. Doch nun droht Ihnen im Namen des Tourismus erneut die Vertreibung.

Einige der jungen Männer wurden als Fremdenführer beschäftigt, doch dies waren alles befristete Jobs, die nur Lockmittel waren. Wie auch immer, ihr Land haben sie bis heute nicht aufgegeben, doch es ist ein ständiger Kampf. Es geht auch nicht nur um diese sechs Dörfer, es geht um insgesamt 16 Dörfer, von denen es heißt, dass dort 5-Sterne-Hotels entstehen sollen. Einige Hotels sind bereits gebaut worden. Die Gegend wird langsam aber sicher für den Tourismus erschlossen. Die Touristen kommen bislang meistens als Ausflügler und gehen wieder. Ein großer Teil der Planungen, die sofort hätten umgesetzt werden sollen, sind ins Stocken geraten. Es bestehen Bedenken, dass mit dem Staudammbau nicht fortgefahren werden darf, da es noch laufende Rechtsstreitigkeiten gibt. Deshalb geht es mit der Erschließung zwar nur langsam aber doch stetig voran.

TW: Was ist nötig, um die Menschenrechte der Dorfbevölkerung zu schützen, wodurch lassen sich ihre Anliegen unterstützen?

Medha Patkar: In Gujarat haben wir die Entwicklungen immer in Frage gestellt und die Regierung herausgefordert, doch es kommt keine Reaktion. Die meinen sie hätten für die betroffene Bevölkerung alles getan, was sie tun konnten, und damit hat es sich nun.

In Madhya Pradesh und Maharashtra fordern wir die Regierungen heraus und die müssen zumindest irgendwie reagieren. Die nationalen Behörden behandeln diese

Tourismusaktivitäten nicht als Teil des Staudammprojekts. Das ist eine große Hürde bei der Anerkennung der nun vom Tourismus Betroffenen. Sie werden nicht als "Betroffene" behandelt, nicht einmal als "von der Siedlung Betroffene". Und als "vom Tourismus Betroffene" werden sie ebenfalls ignoriert. Der Tourismus gilt als Nebensache. Doch wir müssen den Tourismus im Zusammenhang mit diesem Staudamm oder irgendeinem anderen Projekt als Teil des jeweiligen Projektes ansehen und die Verantwortlichen dazu zwingen, zumindest einen entsprechenden Plan zu haben und die Menschen zu entschädigen. Die beste Lösung besteht darin, den Tourismus zu planen und den Betroffenen ein Vorrecht auf die Arbeitsplätze zu geben, die dadurch entstehen. Man kann den Tourismus nicht vollständig verhindern, denn er wird ja von staatlicher Seite geplant.

Ich denke die Definition des Projektes kann touristische Aktivitäten mit einschließen, wenn diese rund um den Projektstandort stattfinden. Darauf sollten wir bestehen und alles andere ergibt sich dann daraus. Es ist eine neue Gesetzgebung zu Landrechts- und Entschädigungsfragen* in Vorbereitung. Darin sollte festgelegt sein, dass solche Aktivitäten ein Teil des Projekts sind. Doch diese "Rehabilitation Policy" wollen wir eigentlich gar nicht. Wir fordern ein Gesetz zur Entwicklungsplanung ("Development Planning Act")**. An dem Entwurf arbeiten wir derzeit und darin wollen wir dies aufnehmen.

TW: Welche Rolle spielt die internationale Solidarität beim Schutz der Rechte der Menschen in Indien, die von Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung betroffen sind?

Medha Patkar: Am Narmada-Staudamm entsteht eines der 5-Sterne-Hotels mit malaysischer Finanzierung. Die Wasser-Vergnügungsparks entstehen ebenfalls mit ausländischer Finanzierung. Immer wenn die Investitionen aus dem Ausland kommen, muss die internationale Gemeinschaft das hinterfragen und die Investoren zwingen, auf die Menschen zu hören und sie bei Entscheidungen einzubeziehen. Und wenn es Widerstand gibt, dürfen sie nicht einfach weitermachen, sondern das Projekt sollte eingestellt werden. Die Weltbank oder irgendein anderer Finanzier müsste dazu verpflichtet werden, nicht nur die direkte Vertreibung der Bevölkerung in den Blick zu nehmen, sondern auch die Verdrängung durch den Tourismus. Die internationalen Solidaritätsbewegungen können hinterfragen, was die Weltbank, irgendein Hotelier oder irgendein anderes Unternehmen den Menschen antut. So funktionierte das auch im Falle des Narmada-Staudamms: Wir haben die Weltbank rausgeschmissen!

* *Der Gesetzentwurf "National Rehabilitation and Resettlement Bill, 2007" wurde vom Unterhaus des indischen Parlaments (Lok Sabha) 2009 angenommen, vom Oberhaus (Rajya Sabha) jedoch abgelehnt. Es wird damit gerechnet, dass er überarbeitet und neu vorgelegt wird.*

** *Die National Alliance of Peoples' Movements (NAPM) und andere fordern die Inkraftsetzung einer umfassenden nationalen Gesetzgebung zur Entwicklungsplanung, die die gerechte Entschädigung der Betroffenen beinhaltet und in der die Prinzipien minimaler Vertreibung und dezentraler Entwicklungsplanung verankert sind. Zusammen mit Bürgerbewegungen in vielen Teilen Indiens arbeiten sie derzeit an dem Entwurf, der in der kommenden Legislaturperiode vorgelegt werden soll.*

Weitere Informationen: www.napm-india.org, www.narmada.org

Jinu Abraham ist Mitarbeiterin von Kabani – the other direction, einer tourismuskritischen Initiative im südindischen Bundesstaat Kerala.

(6.853 Anschläge, 93 Zeilen, März 2011)

Naturschutz und Tourismus auf Kosten der Buschleute

Gewaltsame Umsiedlungen in Botswana

Von Linda Poppe

Inmitten von Botswana liegt das Zentral-Kalahari-Wildschutzreservat (Central Kalahari Game Reserve – CKGR). Es wurde 1961 gegründet, um Botswanas indigener Bevölkerung sowie dort lebenden Wildtieren eine Heimat zu bieten. Seit Mitte der 1990er Jahre versuchte Botswanas Regierung jedoch wiederholt, die indigene Bevölkerung von dem Land ihrer Vorfahren im Wildschutzreservat zu vertreiben. Anstelle der ersten Bewohner ziehen Tourismus und Diamantenförderung ein.

Insgesamt lebten einmal mehr als 5.000 Mitglieder von Botswanas indigener Bevölkerung in diesem Gebiet. Sie gehörten zu den letzten als Jäger und Sammler lebenden indigenen Gemeinschaften im südlichen Afrika. Die halb-nomadischen Gruppen sind heute gemeinschaftlich zum Großteil als "San", "Basarwa" oder "Buschleute" bekannt. Bei Räumungen 1997, 2002 und zuletzt 2005 wurde jedoch fast die gesamte indigene Bevölkerung aus dem Reservat vertrieben. Ihre Häuser wurden zerstört, die Schule und das Gesundheitszentrum geschlossen, ihre Wasserversorgung gekappt, die Menschen bedroht und in Umsiedlungslager außerhalb des Wildschutzreservats abtransportiert.

Die Regierung gab für die gewaltsame Umsiedlung unterschiedliche Gründe an, die von der "Entwicklung" der Buschleute bis hin zum vermeintlichen Schutz der Wildtiere in dem Reservat reichten. Es gibt aber viele Hinweise darauf, dass wirtschaftliche Interessen an dem Reservat ausschlaggebend waren.

Oberstes Gericht bestätigt Recht auf Land

Nachdem Verhandlungen mit der Regierung immer wieder scheiterten, klagten die Buschleute vor dem obersten Gericht des Landes. In einem Prozess der zum teuersten und längsten in der Geschichte Botswanas werden sollte, wurde den Indigenen 2006 das Recht zugesprochen, auf ihr angestammtes Land zurückzukehren.

Dennoch hat die Regierung bisher wenig getan, um das Urteil umzusetzen. Seit dem Richterspruch von 2006 wurde keine einzige Jagdlizenz an die Buschleute vergeben, womit das Jagen für sie weiterhin illegal bleibt. Der oberste Gerichtshof hatte eine solche Verweigerung als gesetzeswidrig bezeichnet. Zudem hat sich die Regierung geweigert den bei den Vertreibungen versiegelten Brunnen wieder in Betrieb zu nehmen oder den Buschleuten zu erlauben, ihn auf eigene Kosten in Stand zu setzen. Ohne diese Nahrungs- und Trinkwasserquellen ist das Leben für die Buschleute auf ihrem angestammten Land fast unmöglich.

In der Zwischenzeit haben die Behörden bereits andere Verwendung für das Wildschutzreservat gefunden: Nebst geplanter Förderung von Diamanten soll der Tourismus gefördert werden. Dies beinhaltet auch Jagdlizenzen für Touristen und Brunnen zum Anlocken von Wildtieren.

Der Kontrast zum Umgang mit der indigenen Bevölkerung ist offensichtlich. Angesichts der harschen Behandlung im Reservat leben die Buschleute größtenteils weiter ohne Beschäftigung in den Umsiedlungslagern. Viele von ihnen leiden unter Alkoholismus und Depressionen. Touristen, die Safaris und Urlaubsaufenthalte im CKGR in Betracht ziehen, sollten wissen, dass dessen Bewohner unter Zwang und mit katastrophalen Folgen vertrieben wurden. Dabei ist dieses Wildschutzreservat kein Einzelfall. Aus

vielen beliebten Naturschutzgebieten und Safariparks wurden die indigenen Gemeinschaften vertrieben, häufig unter dem Vorwand des Naturschutzes.

Lebensbedrohlicher Wassermangel

Im Fall der indigenen Buschleute in Botswana wirft auch das Projekt eines privaten Reiseanbieters Fragen auf. "Wilderness Safaris", welches sich selbst als verantwortungsbewusstes Ökotourismus- und Naturschutzunternehmen beschreibt, hat 2009 die Luxus-Lodge "Kalahari Plains Camp" mit Swimmingpool auf dem Land der Buschleute eröffnet. Bedenklich ist dies nicht nur wegen des von den Vereinten Nationen als "lebensbedrohlich" beschriebenen Wassermangels im Reservat, unter dem die verbliebenen Gemeinschaften gleichzeitig zu leiden haben. Auch kollidieren die Aktivitäten von "Wilderness Safaris" unvermeidlich mit dem vom obersten Gericht 2006 festgestellten "gewohnheitsrechtlichen" Anspruch der Buschleute, auf ihrem gesamten Land jagen und sammeln zu dürfen: Wie sollen sie dies in einem Gebiet tun, das für eine Lodge, Safaris oder Anfahrtswege reserviert ist?

Der Bau der Lodge auf dem Land der Buschleute hätte daher nicht ohne deren freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung stattfinden dürfen. Dies schreibt auch die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker vor, die von Botswana mitgetragen wird. Es kam aber weder zu einer solchen Zustimmung durch die Indigenen, noch wurden sie zu dem kommerziellen Projekt auf ihrem Land überhaupt befragt.

"Wilderness Safaris", das mit ethischen Grundüberzeugungen um Kunden wirbt, berief sich darauf, die Vorgaben der Regierung erfüllt zu haben – einer Regierung, die erst vor wenigen Wochen in einem erneuten Verfahren der "erniedrigenden Behandlung" der Buschleute für schuldig befunden wurde. Für wirklich verantwortungsvolle Tourismusunternehmen genügt es sicher nicht, ihr Handeln mit dem Verweis auf Regierungen zu rechtfertigen, die selbst die Menschenrechte verletzen.

Wie die Situation der Buschleute sich weiter entwickelt, wird auch maßgeblich von der Umsetzung des neuen Urteils abhängen, das die Argumente der Regierung erneut widerlegt. Uneingeschränkt gilt jedoch, dass auch die Entscheidung von Touristen für oder gegen ein bestimmtes Reiseziel Einfluss darauf haben wird, wie die indigenen Gemeinschaften in Botswana und andernorts behandelt werden.

Linda Poppe ist Leiterin des deutschen Büros von Survival International in Berlin.

(5.664 Anschläge, 77 Zeilen, März 2011)

Touristen-Enklaven – auf dem Rücken der Arbeiter

Migration im Bausektor in Mittelamerika und der Karibik

Von Ernest Cañada

In den vergangenen Jahren ist die Region Süd-Mexiko – Mittelamerika – Karibik zu einem der wichtigsten touristischen Zielgebiete geworden. Eines der Phänomene dieser 'Touristifizierung' ist die massive Mobilisierung von Arbeitskräften aus verschiedenen Teilen der Region zum Bau der Touristenenklaven. Das Tourismusmodell – vorangetrieben von transnationalem Kapital und großen Unternehmensgruppen in der Region – ist durch Segregation gekennzeichnet und führt zu sozialer Ungleichheit.

Als die neuen Tourismuszentren wie Punta Cana (Bavaro) in der Dominikanischen Republik, Cancún und die Riviera Maya in Mexiko, oder die Küstenzone von Guanacaste in Costa Rica erschlossen wurden, gab es in diesen Gegenden nicht genug Arbeitskräfte für den Bausektor. Deshalb mussten Arbeiter von anderswo geholt werden. Die meisten dieser Arbeiter waren Bauern aus armen Regionen: in der Dominikanischen Republik waren es Haitianer; in Costa Rica Nicaraguaner und in Mexiko Arbeiter aus Mittelamerika und aus dem mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Diese Prozesse sozialer Mobilisierung weisen einige Gemeinsamkeiten auf.

Verletzungen von Arbeiterrechten

Die jeweiligen Staaten haben es vernachlässigt, für diese neuen Aktivitäten angemessene Arbeitsstandards aufrechtzuerhalten, und die großen Unternehmen profitieren davon. Auf diese Weise findet ein systematischer Einsatz ausländischer Arbeitskräfte statt. Die Arbeiter werden ohne vorher abgeschlossene Arbeitsverträge rekrutiert, in der Regel unter illegalen Bedingungen. Dadurch sind sie leicht Willkür und Misshandlungen ausgesetzt.

In der Regel erhalten diese Arbeiter niedrige Löhne. Aufgrund ihrer schwachen Position gegenüber den Firmen, die auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückzuführen ist, werden sie oft ohne entsprechende Bezahlung oder Leistungen gefeuert. Auch geht die Polizei gegen illegale Einwanderung vor, so dass die Arbeiter in permanenter Unsicherheit leben – zusätzlich zu den rauen, unsicheren und ungesunden Arbeitsbedingungen, unter denen sie ohnehin zu leiden haben.

Arbeitsbedingte Unfälle und Gesundheitsprobleme sind in diesem Sektor keine Seltenheit. Viele der Arbeiter kommen aus ländlichen Gegenden und sind die Arbeit im Bausektor nicht gewöhnt. Auch aufgrund der Höhe einiger der Gebäude sowie der prekären Lebensbedingungen (schlechte Ernährung, unangemessene Unterbringung, Stress), sind ihr Leben und ihre Gesundheit eindeutig in Gefahr.

Bei der Ankunft an ihrem Ziel stellen die Arbeitsmigranten häufig fest, dass es keine Unterkünfte für sie gibt. So leben sie dann entweder direkt auf der Baustelle oder in informellen überfüllten Camps unter extrem unsicheren, menschenunwürdigen Bedingungen und ohne grundlegende Infrastruktur. Dadurch entstehen neue städtische Agglomerationen mit ungesunden Lebensbedingungen. Die meisten Bewohner sind Männer, die ohne ihre Familien hierher gekommen sind. In diesem Arbeits- und Lebensumfeld ist es schwierig, sich in der neuen Umgebung heimisch zu fühlen. Dies führt zu einem steigenden Grad an Alkoholismus und anderen Formen von Drogenabhängigkeit als Flucht aus der Realität.

Da sich große Hotelketten und Immobilienfirmen auf Leiharbeiter verlassen, können die Arbeiter die Großunternehmen nicht verklagen oder auch nur anprangern. Zum Bau eines bestimmten Objekts, oder auch nur einiger Teile davon, arbeiten die Unternehmen üblicherweise mit mehreren verschiedenen einheimischen Firmen zusammen. Derartige Praktiken spalten die Arbeiterschaft und wenn Unfälle passieren, stehlen sich die Unternehmen so aus der Verantwortung.

Ohne staatlichen Schutz

Von staatlicher Seite sind die Arbeiter kaum geschützt. Wie wenig die Arbeitsministerien dieser Länder tätig werden ist erschreckend. Selbst wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist, bewirken diese Ministerien gegenüber den Interessen der großen Unternehmen kaum etwas. Auch gibt es in diesem Sektor nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Deshalb sind

der Schutz der Arbeiter und ihre Möglichkeiten, ihre Rechte kollektiv zu verteidigen, sehr gering. Die einzigen Schutzmechanismen, die es gibt, sind die in diesen Gegenden ansässigen sozialen Organisationen. Dies sind hauptsächlich die Kirchen, wie im Falle der Caritas oder der ehrenamtlich arbeitenden Gruppe "Pastoral Social de Liberia" in der Hauptstadt der Provinz Guanacaste in Costa Rica.

All diese schlechten Rahmenbedingungen schaffen ein Umfeld, das durch Armut und Menschenrechtsverletzungen charakterisiert ist. Die Tourismuswirtschaft stützt sich auf diese Situation und profitiert davon. Sie kollaboriert mit den staatlichen Strukturen in der Region, um die Baukosten dieser Enklaven zu drücken. Die Paradiese für die Touristen werden unter Missachtung der grundlegenden Rechte der Arbeiter errichtet, die ihren Bau überhaupt erst möglich gemacht haben.

Ernest Cañada ist Koordinator der katalanischen Organisation "Alba Sud – Investigation and Communication for Development" und Mitglied der "Group to Research Sustainability and Territory (GIST)" an der Universität der Balearen.

Übersetzung aus dem Englischen: Christina Kamp

(5.184 Anschläge, 71 Zeilen, März 2011)

Widerstand in Tela Bay, Honduras

"Los Micos Beach and Golf Resort" – ein Projekt voller Polemik

Von Giorgio Trucchi

Honduras befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise, ausgelöst durch den Staatsstreich vom Juni 2009. Die neue Regierung verfolgt eine Strategie zu "Normalisierung" der Lage. Der Enklaven-Tourismus scheint einer der Sektoren zu sein, den die neue Regierung besonders fördert. Der Tourismus-Komplex "Los Micos Beach and Golf Resort", besser bekannt als "Tela Bay", ist das Meisterstück in einer Strategie, die darauf abzielt, die honduranische Karibik-Küste zum "Cancún Mittelamerikas" zu machen. Viele Teile der honduranischen Bevölkerung lehnen jedoch nicht nur dieses Projekt ab, sondern auch ein Entwicklungsmodell, das sie als schädlich für das Land ansehen, das Gemeinschaften spaltet und nur den wirtschaftlichen Interessengruppen nützt, die ohnehin bereits die Politik und Wirtschaft in Honduras kontrollieren.

"Eine solche Entwicklung wollen wir nicht"

Das "Los Micos Beach and Golf Resort" in Tela im Distrikt von Atlantida liegt im Jeannette Kawas Nationalpark, der auf der Liste der Ramsar-Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung steht. Trotz der Baufortschritte und des Beginns der zweiten Arbeitsphase reißt der Protest gegen das Projekt nicht ab. Die Eröffnung des Hotels und des Golfplatzes ist für Ende 2012 vorgesehen. Dem Enthusiasmus im öffentlichen Sektor und in Teilen der honduranischen Wirtschaft – die beide an dem Projekt beteiligt sind – steht die starke Opposition in der honduranischen Gesellschaft gegenüber, insbesondere von Seiten der Garifuna, der afro-karibischen Bevölkerung der Region.

Laut Martina Meléndez, der ehemaligen Direktorin des Patronatos* von Tornabé begann die Aneignung von Land der Garifuna in den 1990er Jahren. "Da fing die Korruption an. Tornabé hatte damals noch keinen gemeinschaftlichen Landrechtstitel und einige der Führungspersonen in den Gemeinschaften überzeugten die Leute, indem sie ihnen sagten, wenn sie ihr Land verkauften, würde ihnen das

Tourismusprojekt zu Landrechtstiteln an dem verbleibenden Grund und Boden verhelfen. Der bezahlte Preis war jedoch nur minimal und das Geld floss in einige wenige Hände. Da begann das Problem. Die Menschen veränderten sich. Jetzt gibt es so viele Ansprüche in Bezug auf das an das Projekt angrenzende Land, dass es zu ernstesten Konflikten und Spaltungen gekommen ist. Die Garifuna sind traditionsgemäß füreinander da. Doch das hat sich nun geändert und die Ansprüche haben in unseren Gemeinschaften Oberhand gewonnen", erklärte Meléndez.

Die Volksgruppe der Garifuna (Garinagu)

Die Garifuna (in korrekter Pluralform eigentlich Garinagu) sind eine Volksgruppe mit heute über 100.000 Angehörigen. Sie leben vor allem in Belize (wo sie bis zu sieben Prozent der Bevölkerung ausmachen), in Guatemala, Honduras und Nicaragua. Die meisten der Garifuna sind Fischer an der Küste oder sind im Bananananbau beschäftigt. Zahlreiche Garifuna leben als Einwanderer in den USA, hauptsächlich in New York. Die Garifuna haben ihren Ursprung auf der Karibikinsel St. Vincent, wo sich westafrikanische Sklaven mit Kariben vermischten, die wiederum mit den von ihnen einst unterworfenen Arawak verschmolzen waren. Ihre Sprache, das Igñeri, gehört zur indigenen amerikanischen Arawak-Sprachfamilie und weist indigene karibische, französische und englische sowie in neuerer Zeit regional auch spanische Einflüsse auf. Die vereinzelt afrikanischen Einflüsse im Igñeri entstammen am ehesten dem Yoruba in Südwestnigeria. Die religiös-kulturelle Überlieferung ist überwiegend (west-)afrikanisch. Die honduranischen Garifuna leben seit 1797 an der Küste von Honduras.

-ck-

Auch die OFRANEH (Organización Fraternal Negra Hondureña), eine Interessenvertretung der schwarzen Honduraner, gibt dem Mega-Projekt die Schuld für das, was vor Ort passiert: "Die haben angefangen, Verwirrung unter den Menschen zu stiften. Die Menschen begannen ihr Selbstwertgefühl und ihre Kultur zu verlieren", sagte Alfredo López, Vizepräsident der OFRANEH. "Im Patronato sind sie nicht zufrieden mit dem, was sie bekommen haben. Sie wollen mehr und das honduranische Tourismusinstitut (IHT) wiegelt sie auf und versucht aus dieser Verwirrung Vorteile zu ziehen." López verurteilte auch die Repressionen gegen Organisationen, die weiter gegen den Bau des "Los Micos Beach and Golf Resort" kämpfen. "Wir werden ständig bedroht. Vor Gericht werden falsche Forderungen und Anschuldigungen gegen uns vorgebracht, doch sie werden uns nicht stoppen."

Widerstand gegen den Ausverkauf

Ein weiterer typischer Fall ist das Dorf Miami. Laut Alfredo López gehörte all das Land dort der Gemeinschaft und ist nun verloren. Es wurde zum Bau des Tourismusprojekts illegal an das honduranische Tourismusinstitut verkauft. "Wir haben eine Petition bei der Inter-Amerikanischen Menschenrechtskommission in Washington eingereicht und um einstweiligen Rechtsschutz für Miami und Tornabé ersucht. Wir wollten die Illegalität der Vorgehensweise beim Landverkauf untersuchen. Doch dann traf die ehemalige Regierung eine Vereinbarung mit einer Organisation vor Ort, um der Gemeinschaft von Miami im Tausch gegen das Land einen Landrechtstitel zu geben. Praktisch wurde das Land, auf dem die Gemeinschaft lebt, zu einem lächerlichen Preis verkauft und das andere Stück Land haben sie behalten. Damit wurden dann schmutzige Geschäfte gemacht."

Laut OFRANEH ging dieses Land nach und nach an die gleichen Investoren des Tela Bay Projekts und wurde dann stückweise an das IHT verkauft, das es wiederum an die Tela Bay Tourist Development Corporation (DTBT) weiterverkaufte. "Bei jedem Verkauf geht es um viel Geld und nun haben die Menschen von Miami weder Land noch Geld und können jederzeit zur Räumung gezwungen werden", sagte López.

Das Dorf Barra Vieja liegt einige Kilometer von Miami entfernt und bereitet den Entwicklern des Projekts das größte Kopfzerbrechen. José Armando Santos, Vorsitzender des Patronatos von Barra Vieja, glaubt nicht, dass das Projekt der Gemeinschaft nützen wird. "Sie sind gekommen, um die Leute zu täuschen. Wenn einmal die zweite Phase des Projekts abgeschlossen ist, wird niemand von uns Zugang dazu haben. Sie kamen und wollten Wasser- und Stromleitungen installieren, bis nach Miami. Wir stimmten zu, aber wir verlangten, dass auch wir daran angeschlossen würden, denn wir haben weder Wasser noch Strom. Sie sagten das ginge nicht, also haben wir es ihnen dann nicht erlaubt. Was sie eigentlich wollen ist unser Land. Sie betrachten uns als Feinde, denn wir sind eine Gemeinschaft, die nicht verkaufen will. Wir sind nur eine kleine Gemeinschaft mit 127 Familien, aber wir werden uns verteidigen."

Wer profitiert wirklich?

Wenn sie von dem Nutzen hörten, den das Projekt den Garifuna erklärter Weise bringen sollte, äußerten die Interviewten oft Zweifel. Laut Martina Meléndez sind die Gemeinschaften verwundbarer geworden. "Die niedriger gelegenen Bereiche des gemeinschaftlich genutzten Landes wurden aufgeschüttet und nun kommt es häufig zu Überschwemmungen. Viele Tiere sind verschwunden. Und noch etwas beunruhigt uns. Uns wurde gesagt, dass während der ersten Bauphase 90 Prozent der Arbeitsplätze für die Menschen hier aus den Dörfern sein würden. Doch dann brachten sie Leute von außerhalb, aus anderen Distrikten. Es gibt auch ein großes soziales Risiko. Freitags, am Zahntag, sehen wir Mädchen, die sich den Arbeitern anbieten. Und das ist erst der Anfang."

Beteiligung internationaler Finanzinstitutionen

Es herrscht Besorgnis in der honduranischen Gesellschaft bezüglich der so genannten "Nationalen Strategie für Nachhaltigen Tourismus (ENTS)", insbesondere angesichts von mindestens vier Touristen-Enklaven, die entstehen sollen. Der Bau dieser Resorts ist abhängig von der Finanzierung durch internationale Finanzinstitutionen, darunter die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Weltbank und die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration (CABEI), sowie internationale Zusammenarbeit (aus Spanien und Taiwan).

Laut Bertha Cáceres, der nationalen Koordinatorin der honduranischen Indigenen-Organisation COPINH (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras), kam die Entscheidung der Regierung nicht unerwartet. "Sie ist Teil des Projekts Mesoamerika. Es ist ein Entwicklungskonzept, mit dem wir nicht einverstanden sind, denn es bedroht unser Leben, unsere Rechte und unsere indigenen und schwarzen Gemeinschaften", erklärte sie. Sie verurteilte auch die Finanzierung vieler Tourismusprojekte durch internationale Finanzinstitutionen. "Die Wahrheit ist, dass es sich dabei um Kredite handelt. Am Ende sind es immer die Menschen, die solche Projekte finanzieren, durch die die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Wir sind Zeugen, wie die IDB und die Weltbank individuelle Landrechtstitel fördern, wo es bereits einen Landrechtstitel für die gesamte Gemeinschaft gibt. Es hat Tote gegeben und Gemeinschaften wurden vertrieben. Die IDB und die Weltbank sind Komplizen bei der Verletzung von Menschenrechten, Landrechten und kulturellen Rechten indigener Gemeinschaften."

**Ein "Patronato" ist eine Institution der Lokalverwaltung in Honduras, die die Menschen eines bestimmten Gebietes (in diesem Fall einer Dorfgemeinschaft) repräsentiert. Es ist eine juristische Person.*

Der italienische Journalist Giorgio Trucchi lebt in Nicaragua und arbeitet dort mit Alba Sud zusammen. Er ist auch Korrespondent von SIREL, dem Informationssystem Lateinamerika der "Vereinigten Lebensmittel-, Landwirtschafts- und HotelarbeitnehmerInnen weltweit" (Rel-UITA).

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Version eines längeren Berichts für Alba Sud, der auf Spanisch unter www.albasud.org/publ/docs/37.pdf abrufbar ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Christina Kamp

(8.664 Anschläge, 116 Zeilen + Kasten: 1.106 Anschläge, 12 Zeilen, März 2011)

Südsee-Insulaner wehren sich gegen Ausverkauf

Hotelbesetzungen auf Rapa Nui

Von Ulrich Delius

Mit negativen Meldungen macht die Südsee selten Schlagzeilen. Der Traum von einsamen Stränden unter Palmen und einem stressfreien Leben der Südsee-Bewohner wird von Reiseveranstaltern und Medien gerne genährt. Doch die Wirklichkeit sieht oft anders aus. So auch auf der sagenumwobenen Insel Rapa Nui, bekannter unter dem Namen Osterinsel. Bilder von blutüberströmten demonstrierenden Ureinwohnern erregten im Dezember 2010 weltweite Aufmerksamkeit. Die gewaltsame Räumung eines von Ureinwohnern seit dem Sommer 2010 besetzten Hotels machte schlaglichtartig deutlich, dass das einst heile Südsee-Bild deutliche Risse zeigt.

Die offiziell zu Chile zählende Insel erlebte seit ihrer Erklärung zum UNESCO-Weltkulturerbe im Jahr 1995 eine beispiellose Entwicklung des Tourismus. Das 3.700 Kilometer vom chilenischen Festland entfernte Eiland, das mit seinen 166 Quadratkilometern Fläche weniger als halb so groß wie das Bundesland Bremen ist, kam wegen seiner Moai-Statuen zu Weltruhm. Die bis zu 20 Meter hohen, mythenumrankten Statuen machen die Insel zu einem einzigartigen Weltkulturerbe. Erosion und Verfall machen den mehr als 880 Moai allerdings schwer zu schaffen. Dutzende Archäologen aus aller Welt bemühen sich um die Restaurierung dieser größten Touristenattraktion, die jedes Jahr 70.000 Besucher anlockt. Weitere 26.000 archäologische Ausgrabungsstätten machen Rapa Nui zu einer Pilgerstätte für kulturinteressierte Reisende. Nicht alle Urlauber gehen aber schonend mit den traditionellen religiösen Stätten der Ureinwohner um. Immer wieder werden Moai bekritzelt, erklettert oder Reisende meißeln sich Souvenirs aus den Tuffstein-Blöcken.

An den Grenzen der Tragfähigkeit

Auf keiner Pazifikinsel ist die Zahl der Besucher pro Kopf der Bevölkerung höher, obwohl das Eiland tausende Kilometer von benachbarten Inseln entfernt ist. Jeden Tag landet ein Linienflug, der Touristen vom chilenischen Festland bringt. Die Zahl der Urlauber wächst jährlich um 20 Prozent. Mit einer neuen Landebahn, die zurzeit errichtet wird, will Chile den Tourismus noch weiter ausbauen. Im Jahr 2020 sollen nach dem Willen der chilenischen Regierung sogar 200.000 Urlauber kommen, fast 40-mal so viele Menschen, wie auf Rapa Nui leben.

Schon heute stößt die Insel mit dem Zustrom an Touristen an ihre Grenzen. Fast alle Nahrungsmittel werden aufwändig vom Festland importiert. Die Wasserversorgung der Hotels und die Müllentsorgung sind gefährdet. Alle Bewohner leben vom Tourismus. Doch vor allem unter der Urbevölkerung, die seit 2006 nicht mehr die Mehrheit der rund 5.000 Bewohner stellt, regt sich immer mehr Widerstand gegen den ungezügelter

Ausverkauf der Insel. Denn mit den Touristen kamen auch viele chilenische Siedler und Saison-Arbeitskräfte, die auf Rapa Nui ihr Glück suchen. Einige kamen auch, weil Ureinwohner nicht mehr bereit waren, alle anfallenden Arbeiten zu verrichten.

Doch seit Jahren wird der Ruf nach einer Beschränkung der ungezügelter Einwanderung chilenischer Siedler immer lauter. Im August 2009 blockierten indigene Aktivisten mit Autos und Lastwagen einen Tag lang die Landebahn des Flughafens, um gegen die Migranten und den ausufernden Tourismus zu protestieren. Die Blockade wurde erst aufgehoben, nachdem die chilenische Regierung zusicherte, Maßnahmen zur Kontrolle der Einwanderung zu ergreifen. Nachdem ein im September 2009 erlassenes Dekret zur Regelung der Einwanderung vom obersten Gericht für verfassungswidrig erklärt worden war, sprachen sich 96 Prozent der Ureinwohner in einer Volksabstimmung im Oktober 2009 für eine Verfassungsänderung aus, um die Einwanderung zu beschränken. Eine entsprechende Gesetzesvorlage blieb aber bislang im chilenischen Parlament blockiert.

Seit mehreren Jahren schon fordern Ureinwohner ähnliche Bestimmungen zur Einwanderungskontrolle wie auf den Galapagos-Inseln, die zu Ecuador gehören. Dort dürfen ecuadorianische Staatsbürger nur mit Sondergenehmigung einwandern.

Wenn Ureinwohner ein Autonomie-Statut für Rapa Nui verlangen, dann denken sie vor allem an eine Sicherung ihrer Landrechte. Zwar regelt ein Gesetz aus dem Jahr 1966, in dem Chile den Bewohnern der Insel die volle Staatsbürgerschaft zusicherte, dass nur die Urbevölkerung Landeigentum besitzen darf. Doch tatsächlich nimmt der Ausverkauf des Landes immer mehr zu. Ende Juli 2010 besetzten daher Ureinwohner verschiedene öffentliche Gebäude und ein Hotel, das in den 1980er Jahren an eine Hotelkette verkauft worden war, obwohl dies gesetzlich untersagt ist. Zwar räumten Sicherheitskräfte im September das Hotel, doch nach wenigen Tagen wurde es erneut besetzt. Die rund 500 Besetzer forderten eine Rückgabe des Landes an die Ureinwohner, die von der Regierung und den Privateigentümern abgelehnt wurde. Nach dem Scheitern von Vermittlungsbemühungen entsandte die chilenische Regierung Bereitschaftspolizisten, die die besetzten Gebäude am 3. Dezember 2010 gewaltsam räumten und dabei mehr als 20 Ureinwohner zum Teil schwer verletzten.

Menschenrechtsorganisationen, Vertreter indigener Völker aus aller Welt und chilenische Oppositionspolitiker äußerten massive Kritik am gewaltsamen Vorgehen der Sicherheitskräfte. Die Vereinten Nationen appellierten an Chile, den Konflikt friedlich zu lösen. Der brutale Polizei-Einsatz hat das Vertrauen vieler Ureinwohner in die Regierung Chiles tief erschüttert. Aktivisten fordern sogar eine Loslösung der Insel von Chile und einen Zusammenschluss mit anderen Eilanden Polynesiens. Doch dies wird Chile mit aller Macht verhindern. So sind mehr Konflikte zwischen Ureinwohnern und den Behörden zu erwarten. Keine guten Zeiten, um den Südseeraum auf Rapa Nui zu leben.

Ulrich Delius ist Asien- und Afrikareferent der Gesellschaft für bedrohte Völker. Er verfolgt zudem intensiv die Lage in den kleinen Inselstaaten und abhängigen Territorien im Südpazifik.

(5.919 Anschläge, 78 Zeilen, März 2011)

Kurzinfos und Hinweise

"Free Tibet" fordert Verzicht auf Zwangsumsiedlung tibetischer Nomaden

Die chinesische Politik, tibetischen Nomaden eine so genannte "moderne Lebensweise" aufzunötigen und sie in festen Behausungen anzusiedeln, stößt bei Menschenrechtsgruppen auf Kritik. Staatlich kontrollierte chinesische Medien hatten im November 2010 berichtet, man habe im Rahmen eines Regierungsprogramms etwa 6.000 Viehhirten aus 1.300 Nomadenfamilien im Kreis Shangri-la in festen Behausungen angesiedelt. Der bei den Tibetern unter der Bezeichnung Gyalthang bekannte Kreis wurde 2001 von den chinesischen Behörden nach dem fiktiven Land Shangri-la neu benannt, um den Tourismus in der Gegend zu fördern.

Weitere Umsiedlungen sollen folgen. Sie sind höchst umstritten. "Die Nomaden werden dabei nicht nach ihrer Meinung gefragt, und man lässt sie ohne Mittel, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und ohne Ausbildung, um sich den neuen Gegebenheiten anpassen zu können. China löste auch ihre Pachtverträge auf, womit ihnen die Möglichkeit genommen wurde, jemals wieder auf ihr Land zurückzukehren", heißt es in einer Pressemitteilung der Initiative "Free Tibet" der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte vom Januar 2011.

Die chinesische Regierung argumentiert, die Art und Weise der nomadischen Viehhaltung schädige die Umwelt des tibetischen Hochplateaus. Dagegen, so "Free Tibet", bestätigten neuere wissenschaftliche Forschungen, dass die Weidepraxis der tibetischen Nomaden das Grasland gesund und robust erhalte. Die tibetischen Nomaden dürfen nicht gezwungen werden, ihre Herden zu verkaufen und sich in festen Behausungen niederzulassen, fordert "Free Tibet".

Dies bestätigte auch der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf angemessene Ernährung, Olivier de Schutter, der im Dezember 2010 China besuchte. Zwar sei es wichtig, das Grassland zu schützen und Katastrophenvorsorge zu betreiben. Doch die "tuimu huancao"-Politik ("Tiere entfernen, damit das Gras wachsen kann") dürfe die Nomaden nicht in eine Situation bringen, wo sie keine andere Wahl mehr hätten, als ihre Herden zu verkaufen und umzusiedeln. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verbietet, Menschen ihrer Lebensgrundlage zu berauben. Das Übereinkommen über Biologische Vielfalt erkennt die Rolle indigener Gemeinschaften als Schützer biologischer Vielfalt an. China hat beide Abkommen ratifiziert.

Weitere Informationen: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) - Arbeitsgruppe München: www.igfm-muenchen.de/tibet/tibetstart.html

-ck-

(2.563 Anschläge, 35 Zeilen, März 2011)

Siegelvergleich Nachhaltigkeit und CSR im Tourismus

Zertifizierungen für Nachhaltigkeit und Unternehmensverantwortung (CSR) im Tourismus gewinnen an Bedeutung. Befördert wird dies zusätzlich durch die im November 2010 veröffentlichte ISO-Norm 26000. Sie definiert erstmals mit weltweiter Gültigkeit "gesellschaftliche Verantwortung". Die neue Norm ist das Ergebnis des aufwändigsten Prozesses in der Geschichte der Internationalen Organisation für Normung (ISO). Über 400 Experten aus 99 Ländern haben in fünf Jahren in einem

umfassenden Multistakeholder-Dialog die Norm erarbeitet. Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Nichtregierungsorganisationen, Verbraucherverbänden und Gewerkschaften aus Nord und Süd waren beteiligt und haben einen Basis-Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung (Social Responsibility – SR) von Unternehmen und Organisationen entwickelt.

Um Nachhaltigkeitsbestrebungen im Tourismus zu stärken, transparente Kundeninformation zu ermöglichen und Kooperationsmöglichkeiten anzuregen, hat KATE Stuttgart im Auftrag von EED Tourism Watch eine Vergleichsstudie zu den drei wichtigsten Siegeln der Unternehmensverantwortung im Tourismus erstellt. Entsprechend der sieben Handlungsfelder der ISO 26000 wurden die Nachhaltigkeitsstandards für Reiseveranstalter von TourCert, Greenglobe und Travel Life untersucht. Ziel der Untersuchung war es, die jeweiligen Stärken und Schwächen heraus zu arbeiten, um voneinander zu lernen, um die Zusammenarbeit der verschiedenen Nachhaltigkeitssysteme und Zertifikate zu verbessern und um das nachhaltige Wirtschaften im Tourismus zu multiplizieren. Das Ergebnis der Studie ist vor allem ein Appell für mehr Zusammenarbeit.

Die Kriterien zur Nachhaltigkeitsorientierung im Tourismus weisen bei aller Differenziertheit keine fundamentalen Unterschiede auf. In Bezug auf ISO 26000 weist TourCert die ausgewogenste Übereinstimmung mit den dort definierten Kernthemen und Handlungsfeldern auf und kann als kompatibel mit der ISO 26000 bezeichnet werden. Die Unterschiede der drei Siegel liegen vorwiegend in der Methodik und Wirkungstiefe im Unternehmen und dessen Managementstruktur. Ein wechselseitiger Lernprozess über die jeweiligen Stärken und Schwächen des untersuchten Zertifizierungssystems wird dringend empfohlen und könnte die Akzeptanz einer effektiven, transparenten und preiswerten Nachhaltigkeitszertifizierung im Tourismus in den Unternehmen deutlich befördern.

TourCert und ISO 26000 - Eine vergleichende Übersicht zum CSR-System von TourCert und anderen Zertifizierungssystemen für Tour Operator auf Grundlage der ISO 26000. Power-Point-Präsentation. Eine Kurzfassung der Studie findet sich auf www.tourism-watch.de/de/node/1598. Printversion auf Anfrage.

-hfu-

(2.744 Anschläge, 37 Zeilen, März 2011)

UNWTO "Ulysses Awards" für Beiträge zur den Millenniums-Entwicklungszielen ausgeschrieben

Die Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO) lädt staatliche Institutionen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen ein, sich um die "UNWTO Ulysses Awards" zu bewerben. Die Bewerber sollen einen wesentlichen Beitrag zur Förderung innovativer Tourismusinitiativen geleistet haben. Dies kann sich auf die Bereiche Staats- und Regierungsführung, Tourismuspolitik, angewandte Technologien, Armutsminderung, Geschlechtergerechtigkeit und andere Bereiche beziehen, die mit den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen in Zusammenhang stehen. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2011.

Bewerbungen an: Eduardo Fayos-Solà, UNWTO Knowledge Network, innova@unwto.org. Weitere Informationen: <http://know.unwto.org/en/event/unwto-ulysses-prize-and-awards-2011>

-ck-

(868 Anschläge, 13 Zeilen, März 2011)

Erste Fair Trade-Pauschalangebote auf dem deutschen Markt

Der Reiseveranstalter Studien Kontakt Reisen (SKR) aus Köln hat als erster deutscher Reiseveranstalter die gesamte Wertschöpfungskette seines Reisepakets "Gardenroute – fair and fine" nach Südafrika nach den anspruchsvollen Kriterien von Fair Trade in Tourism South Africa (FTTSA) überprüfen und zertifizieren lassen. Dabei wurden die wichtigsten Bestandteile des Reisangebots und die wesentlichen Vertragsbeziehungen in der Wertschöpfungskette vom Reiseveranstalter in Deutschland bis zu Hotel und Ausflügen auf die Einhaltung der Standards und Kriterien des Fairen Handels überprüft.

-am-

(643 Anschläge, 8 Zeilen, März 2011)

Literatur, Materialien

Alkohol und Tourismus in Thailand und Kambodscha

"Happy hour in paradise"

Von Christina Kamp

Piña colada in Puerto Rico, Mojito in Cuba, Singapore Sling und Jamaican Rum – Alkohol und Tourismus gehen Hand in Hand. Die Getränkeindustrie verwendet zur Vermarktung alkoholischer Getränke exotische Urlaubsbilder, während bei vielen Reiseangeboten Alkohol nicht selten als verkaufsförderndes Argument eingesetzt wird. Der Tourismus trägt in vielen Zielgebieten zur Verbreitung neuer Trinkgewohnheiten bei. Dies stellt Sara Heine vom schwedischen Tourismus-Netzwerk "Schyst Resande" in einer Studie über Alkohol und Tourismus fest. Sie zeigt anhand von Beispielen aus Thailand, Kambodscha und anderen Ländern, dass der Tourismus eine der Ursachen für einen steigenden Alkoholkonsum in den Zielgebieten sein kann – mit schwerwiegenden Folgen.

Weltweit sind nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 2,6 Millionen Todesfälle (insgesamt 3,8 Prozent) pro Jahr auf Alkohol zurückzuführen. Alkohol ist nicht nur ein Gesundheitsproblem sondern spielt auch in Bezug auf verschiedene Entwicklungshemmnisse eine nicht zu unterschätzende Rolle: ein wesentlicher Teil des Einkommens armer Haushalte geht dafür verloren, die häusliche Gewalt nimmt zu, es passieren mehr Verkehrsunfälle und HIV/Aids breitet sich schneller aus. Der Bericht macht deutlich, dass weltweit Männer sehr viel mehr Alkohol trinken als Frauen und sehr viel häufiger an den damit verbundenen gesundheitlichen Problemen leiden.

Durch die Globalisierung und den Tourismus sowie entsprechende Marketingkampagnen der Getränkeindustrie entwickeln sich neue Konsummuster. Der tatsächliche Einfluss des Tourismus ist schwer zu schätzen, doch mehrere Studien haben gezeigt, dass die bessere Verfügbarkeit von Alkohol in der näheren häuslichen Umgebung bei Einheimischen zu einem höheren Konsum führt. Das Konsumverhalten der Touristen im Urlaub beeinflusst das der Einheimischen im Alltag. Die Konkurrenz unter den Händlern führt zu sinkenden Preisen, was alkoholische Getränke für Einheimische erschwinglicher macht. Besonders deutlich zeigt sich das in Gegenden, in denen vor der touristischen Erschließung nur wenig Alkohol getrunken wurde.

Die Getränkeindustrie profitiert von dieser Entwicklung, denn der Markt in Nordamerika und Europa hat nicht mehr viel Wachstumspotenzial. Im Gegensatz dazu wird beispielsweise für den indischen Markt vorausgesagt, dass der Absatz sich durch Erschließung neuer Zielgruppen noch um das 20fache steigern ließe. Touristen und die

Getränkeindustrie sind in der Lage, die Politik und Gesetzgebung in Bezug auf Alkohol auf verschiedene Weise zu beeinflussen. Dies geschieht etwa durch Veränderungen der Altersbeschränkungen oder die Regulierung des Verkaufs.

Kambodscha ist eines von vielen armen Ländern, in denen es keine wirksame Alkohol-Gesetzgebung gibt. Es ist kein Mindestalter festgelegt, ab dem Alkohol gekauft werden darf. Auch die Werbung für alkoholische Getränke und das Marketing sind nicht reguliert. Ohne Zweifel schafft die Getränkeindustrie Arbeitsplätze und generiert Einkommen. Doch dem stehen hohe Kosten gegenüber: verlorene Lebensjahre, Krankheiten, Unfälle, Gewalt und geringeres Arbeitseinkommen. Die gesellschaftlichen Kosten sind deutlich höher als die wirtschaftlichen Vorteile. Das Leid, das durch Alkohol entsteht, lässt sich nicht gegen vermeintliche positive soziale Effekte des Alkoholkonsums aufrechnen.

Happy hour in paradise. On alcohol and tourism in Thailand, Cambodia and the rest of the world. Von Sara Heine. 2010. Download: www.schystresande.se/upl/files/43498.pdf

(3.604 Anschläge, 48 Zeilen, März 2011)

Eine Weltreise der besonderen Art

"1000 Heilige Orte"

Von Heinz Fuchs

Ungezählt dürften die heiligen Orte inmitten des Profanen dieser Welt sein. Auf fast 1.000 Seiten und dennoch in handlichem Format mit schmuckem, einladendem Einband hat Christoph Engels "seine" 1.000 heiligen Orte ganz subjektiv ausgewählt. Er beschreibt sie kurz und informativ, mit Neugierde und großem Respekt vor der Vielfalt gegenwärtiger und historischer Religionen und religiöser Kulturen und Traditionen. Dabei ist weder ein Reiseführer noch ein langweiliger Religionsschmöker herausgekommen. Der Untertitel "Lebensliste für eine spirituelle Weltreise" beschreibt sehr zutreffend den Charakter des Werkes als eine Weltreise der besonderen Art. Dass er aus einem europäisch-christlichen Blickwinkel schreibt, ist dem Autor dabei sehr wohl bewusst. Es ist eine faszinierende und manchmal fast erschlagende Vielfalt und Dichte – ein Buch weniger zum Durchlesen, eher zum Stöbern, Nachschlagen, Bedenken und eine Einladung zum interkulturellen Lernen und Begegnen. Die sieben Hauptkapitel führen den "Lesereisenden" an bekannte und weniger bekannte Orte in Europa, dem Nahen Osten, in Asien, Afrika, Nordamerika, Mittel- und Südamerika sowie in Australien und der Pazifikregion. Die heiligen Orte sind geografisch geordnet. Hilfreich ist, dass die über die Orte tangierten Religionen mit Symbolen markiert und in einem gesonderten Kapitel kurz vorgestellt werden: sachlich, schnörkellos und wertungsfrei. Das Bemühen um "political und religious politeness" ist durchgängig zu spüren. Umso mehr wünschte man sich auch etwas deutlichere "political correctness" bezüglich der heiligen Orte in Israel und Palästina. Zwar werden z.B. Bethlehem und Hebron als "Westjordanland" ausgewiesen, doch letztlich der Systematik des Buches Buchaufbaus folgend als Teil Israels präsentiert.

1000 Heilige Orte. Lebensliste für eine spirituelle Weltreise. Von Christoph Engels. Tandem Verlag, Potsdam, 2010. 960 Seiten. ISBN 978-3-8331-5479-9.

(2.000 Anschläge, 27 Zeilen, März 2011)

Rückwärts, seitwärts oder vorwärts?

"Südafrika. Katerstimmung am Kap"

Es ist eine Bilanz, die nicht sehr positiv ausfällt. Die kritisch reflektierenden Beiträge südafrikanischer Intellektueller, die Renate Wilke-Launer zusammengestellt hat, passen so gar nicht zum dem schönen, beeindruckenden Südafrika, wie viele Touristen es kennen und lieben lernen. Südafrika macht Hoffnung – und enttäuscht. Vielleicht gerade weil viele der Hoffnungen so hoch angesetzt waren und sind: Hoffnungen auf eine Überwindung der Rassenschranken, auf Freiheit, Demokratie und ein besseres Leben, an dem alle Menschen in Südafrika teilhaben. Die Autorinnen und Autoren und die Herausgeberin in eigenen Beiträgen zeigen anhand persönlicher Geschichten und Analysen die Richtungen auf, in die sich das Land derzeit bewegt und in Zukunft bewegen könnte. Sie erlauben Einblicke jenseits von Klischees und Vorurteilen. Sie berichten zum Beispiel von der Verunsicherung der indischenstämmigen Bevölkerung in Durban angesichts von "Black empowerment", von der abgeschotteten Sozialisierung afrikaanser Jugendlicher und von den Fallstricken, die den Schwarzen den Aufstieg in die Mittelschicht erschweren. Sie zeigen, dass viele Brücken erst noch gebaut werden müssen und viele bereits gebaute noch zu überschreiten sind, bevor eine neue, gemeinsame südafrikanische Identität entstehen kann.

Renate Wilke-Launer: Südafrika. Katerstimmung am Kap. Verlag Brandes & Apsel, 2010. 249 Seiten. ISBN 978-3-86099-644-7.

-ck-

(1.480 Anschläge, 20 Zeilen, März 2011)

Jenseits des Regenbogens

"Südafrika. Ein Land im Umbruch"

Kommen, bleiben, und auch wieder gehen – fünf Jahre hat Edith Werner in Südafrika verbracht. In ihrem Buch "Südafrika. Ein Land im Umbruch" beschreibt sie das Land mit seinen Faszinationen, Eigenarten und Widersprüchen. Sie beschreibt die enormen Errungenschaften seit dem Ende der Apartheid. Anders als die meisten afrikanischen Staaten genießen die Südafrikanerinnen und Südafrikaner heute Bürgerrechte, die eher denen westlicher Staaten gleichkommen: Versammlungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Rechtssicherheit. Dem gegenüber stehen Herausforderungen, die Südafrika eher mit afrikanischen Staaten teilt: Armut, hohe Arbeitslosigkeit und Mängel im Gesundheits- und Bildungssystem. Hinzu kommen gravierende Probleme, die in Südafrika besonders ausgeprägt sind, wie die hohe Kriminalität und HIV/Aids. Die Gewaltausbrüche gegen Ausländer 2008 machten deutlich, dass das Land immer noch unter Spaltungen zu leiden hat und viele Regenbogenträume bislang Träume geblieben sind.

Südafrika. Ein Land im Umbruch. Von Edith Werner. Christoph Links Verlag, Berlin, 2009. 208 Seiten. ISBN 978-3-86153-548-5.

-ck-

(1.173 Anschläge, 17 Zeilen, März 2011)

Spendensammeln durch Kurzgeschichten

"Unsere Kinder, die wir lieben"

Die Autorin Angila Gallage lebt seit 33 Jahren in Deutschland. Der Tsunami 2004 aber hat sie direkt betroffen. Ihre Familie in Sri Lanka lebt nur 80 Meter von Indischen Ozean

entfernt. Um den Menschen in Sri Lanka zu helfen, hat sie nun ein Buch geschrieben. Der Erlös des Buches kommt den Menschen vor Ort zugute. In 15 Kurzgeschichten erzählt die Autorin vor allem die Schicksale von Kindern, deren Lebenssituation sich seit dem Tsunami erheblich verschlimmert hat. Viele haben Vater und Mutter verloren. Oder sie können nicht mehr zur Schule gehen, da sie Geld verdienen müssen, um ihre überlebenden Familienmitglieder, viele von ihnen mit schwersten Verletzungen und Behinderungen, zu versorgen.

Das Buch ist zum Teil befremdlich nah dran an den menschlichen Schicksalen der Kinder; die Distanz und literarische Qualität professioneller Autoren ist nicht erkennbar. Dennoch ist die Initiative von Angila Gallage hervorzuheben. Denn sie zeigt, dass es viele kleine Initiativen und Einzelpersonen gibt, die in ihrem ganz konkreten Umfeld Menschen bewegen wollen und die dafür sorgen, dass Schicksale in anderen Teilen der Welt nicht vergessen werden.

Unsere Kinder, die wir lieben. Von Angila Gallage. Gedruckt in Sri Lanka, 2010. ISBN 978-955-52582-0-3. Buchbestellungen unter angila_gallage@web.de.

-am-

(1.368 Anschläge, 19 Zeilen, März 2011)

Veranstaltungen und Termine

"Fair Handeln 2011" in Stuttgart

Auf der "Fair Handeln 2011" wird auch der nachhaltige Tourismus ein Angebotsschwerpunkt sein. Die Messe für verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln findet vom 14. bis 17. April 2011 auf dem Gelände der Neuen Messe in Stuttgart statt. EED Tourism Watch wird mit eigenem Stand als Aussteller auf der Messe vertreten sein. Im Rahmen des Schülertages am Freitag, 15.04.2011 wird Tourism Watch einen Workshop für Schüler der Sekundarstufe II anbieten. Am Samstag, 16.04.2011, 11:00-12:30 Uhr wird Tourism Watch gemeinsam mit vielen Gästen auf der Podiumsbühne eine Veranstaltung unter dem Titel "Fair Reisen mit Herz und Verstand - Impressionen, Perspektiven und Anregungen für Faires Handeln –auch im Tourismus" durchführen.

Weitere Informationen: www.messe-stuttgart.de/cms/89849.0.html sowie zu Veranstaltungen von Tourism Watch: www.tourism-watch.de (aktuelle Hinweise).

-am-

(907 Anschläge, 12 Zeilen, März 2011)

Menschenrechte in einer globalisierten Welt – Global Media Forum, 20.-22. Juni 2011

Wie können Medien dazu beitragen, das Bewusstsein für die weltweite Geltung der Menschenrechte zu schärfen? Mit dieser und weiteren Herausforderungen rund um Menschenrechtsfragen beschäftigt sich in diesem Jahr der internationale Medienkongress "Global Media Forum" der Deutschen Welle. Er bietet Podiumsdiskussionen und Workshops, interaktive Präsentationen, Ausstellungen und "Begegnungsinself". Veranstaltungsort: World Conference Center, Bonn.

Weitere Informationen: www.dw-gmf.de

-ck-

(566 Anschläge, 9 Zeilen, März 2011)

Tourismus – Sehnsucht trifft Wirklichkeit

Die vielseitigen Beiträge in diesem Dossier zeigen auf, wie der Tourismus einen Beitrag zur zukunftsfähigen Entwicklung leisten kann. Nichtregierungsorganisationen aus dem Norden und Süden, Wissenschaftler und Tourismusberater, aber auch Touristiker, vom Reiseunternehmer bis zur Reiseleiterin, kommen zu Wort.



Alles was Recht ist – Tourismus und Menschenrechte

Im Namen der Tourismusedwicklung werden immer wieder die fundamentalsten Rechte von Menschen missachtet, gleichzeitig existieren auch positive Wechselwirkungen zwischen Tourismus und Menschenrechten. Die Studie liefert Impulse für eine menschenrechtlich orientierte Tourismusedwicklung.



Zauberformel CSR – Unternehmensverantwortung zwischen Freiwilligkeit und Verpflichtung

In dem Positionspapier werden Unternehmen aber auch die Politik aufgefordert, Standards für Transparenz und Verbindlichkeit zu schaffen. Es werden beispielhafte Aktivitäten der Reisewirtschaft sowie Handlungsfelder vorgestellt, in denen Unternehmen eine besondere Verantwortung tragen.

EED Öffentlichkeitsarbeit

Ulrich-von-Hassell-Str. 76, 53123 Bonn
Telefon: +49 (0)228 8101-0, Fax: -150
eed@eed.de

EED TOURISM WATCH

Reisen in Entwicklungsländer bieten vielfältige Begegnungen mit Menschen in den Ländern des Südens. Der EED engagiert sich gemeinsam mit ökumenischen Partnern für eine nachhaltige, sozialverantwortliche und umweltverträgliche Tourismusedwicklung.

Dies geschieht vor allem durch

- Sensibilisierung von Touristen und Touristinnen
- Qualifizierung kirchlicher Reiseangebote
- Engagement für Menschenrechte und soziale Standards
- Dialog mit der Tourismusindustrie
- Zusammenarbeit mit Medien und politischen Entscheidungsträgern
- Förderung von Alternativen im Tourismus
- Veröffentlichung des TourismWatch – Informationsdienst Dritte Welt-Tourismus